



Protokoll der Sitzung des interministeriellen Ausschusses für Integration

Mittwoch, den 24. Februar 2021, 9:30 Uhr, Webex

Anwesend: M. Sylvain Besch (Cefis), M. Alain Bliss (MAEE/Direction de l'immigration), M. Jacques Brosius (MiFa-Di), Mme Nadine Conrardy (Croix-Rouge), Mme Anne Daems (MiFa-Di), M. Frédéric Docquier (LISER), M. Pascal Flammang (MTEESS), M. Erik Goerens (MENJE), Mme Anita Helpiquet (CLAE), Mme Conny Heuertz (MiFa-Di), M. Pietro Lombardini (ONA), Mme Cathrin Nordmo (ML), M. Laurent Peusch (ADEM), M. Munir Ramdedovic (CNE), Mme Isabelle Reinhardt (MESR), Mme Elisabeth Reisen (MENJE), Mme Isabelle Schroeder (MEGA), M. Yves Schmidt (Caritas), Mme Gesa Schulte (MiFa-Di), Mme Aurélie Spigarelli (MFP), M. Michel Tenikue (LISER), Mme Laurence Thillmann (ONIS), M. Claude Tremont (MTEESS), M. Christopher Witry (MEGA), Mme Laura Zuccoli (ASTI).

Entschuldigt: M. Christian Bintener (ONIS), Mme Diane Dupont (ML), Mme Nadine Erpelding (MC), M. Steve Keiser (MI), M. Marc Konsbruck (MIFA), Mme Anne-Catherine Lorrang (MFP), M. Nariman Nouri (MS).

Erster Teil der Sitzung: Erweiterter interministerieller Ausschuss für Integration mit Vertretern der Ministerien und der Zivilgesellschaft

1. Begrüßung und Einführung

Herr Brosius begrüßte alle Teilnehmer der Videokonferenz und erläuterte die Ziele der Sitzung und die Tagesordnung. Der interministerielle Ausschuss wurde als erweiterter Ausschuss unter Beteiligung von Vertretern der Zivilgesellschaft durchgeführt. Herr Brosius begrüßte Herrn Ramdedovic, den neuen Präsidenten des Nationalen Ausländerrates, der zum ersten Mal an dem erweiterten interministeriellen Ausschuss teilnahm.

Es wurde beschlossen, Französisch als Sitzungssprache beizubehalten.

2. Präsentation des FSE+ (2021-2027), ein Instrument zur Förderung von Beschäftigung und sozialer Inklusion, durch Herrn Pascal Flammang (MTEESS)

Herr Flammang stellte den Europäischen Sozialfonds (ESF) vor.

Der ESF wurde 1957 gegründet und ist der älteste Strukturfonds, der mit dem Vertrag von Rom eingerichtet wurde. Obwohl der ESF in seinen Anfängen dazu diente, den Verlust von Arbeitsplätzen zu „kompensieren“, wurde seine Rolle im Laufe der Jahrzehnte erweitert und gestärkt (Vorrang für junge Menschen und Frauen, Übergang von einer auf der Industrie basierenden Wirtschaft zu einer auf Dienstleistungen basierenden Wirtschaft, Erhaltung von Arbeitsplätzen und Ausbildung usw.).



Die aktuellen Ziele des ESF sind:

- das wichtigste Finanzinstrument zur Investition in Humankapital
- Förderung eines hohen Beschäftigungsniveaus und hochwertiger Arbeitsplätze
- Förderung eines hohen Bildungsniveaus und der Ausbildung für alle
- Armut bekämpfen und soziale Eingliederung sicherstellen

Das Ministerium für Arbeit, Beschäftigung sowie Sozial- und Solidarisches Wirtschaft ist die Verwaltungsbehörde des ESF in Luxemburg. Basierend auf einer 7-jährigen Mehrjahresplanung wird der ESF durch Projekte umgesetzt, die von lokalen Akteuren verwaltet werden.

Das Programm 2014-2020, das bisher die Umsetzung von 86 Projekten ermöglicht hat, die von 32 Begünstigten umgesetzt werden, gliedert sich in die folgenden Achsen und Ziele:

Achsen und Ziele		Budget (100%)	davon Anteil FSE (50%)
1	Berufliche Integration fördern	20,16 Mio. €	10,08 Mio. €
	Ziel 1.1 Integration Arbeitssuchender mit geringer Beschäftigungsfähigkeit	8,92 Mio. €	4,46 Mio. €
	Ziel 1.2 Integration junger Menschen	11,24 Mio. €	5,62 Mio. €
2	Stärkung der sozialen Integration	10,97 Mio. €	5,49 Mio. €
	Ziel 2.1 Aktive Eingliederung	8,47 Mio. €	4,24 Mio. €
	Ziel 2.2 Kurzarbeit	2,5 Mio. €	1,25 Mio. €
3	Förderung des Kompetenzerwerbs	7,17 Mio. €	3,59 Mio. €
4	Technische Unterstützung	1,81 Mio. €	0,90 Mio. €
	Summe	40,11 Mio. €	20,06 Mio. €

Der Fonds befindet sich derzeit in einer Übergangsphase zwischen zwei Programmperioden (2014-2020 und 2021-2027). Der neue ESF+ resultiert aus dem Zusammenschluss der bisherigen:

- Europäischer Sozialfonds (ESF)
- Youth Employment Initiative (YEI)
- Europäischer Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen (FEAD)
- Programm für Beschäftigung und soziale Innovation (EaSI)
- EU-Gesundheitsprogramm

Der Europäische Sozialfonds plus wird das wichtigste europäische Finanzinstrument zur Stärkung der sozialen Dimension in Europa mit der Umsetzung der europäischen sozialen Grundrechte sein. Es ist geplant, die Kohärenz und Komplementarität mit anderen Fonds zur Unterstützung von Menschen zu erhöhen, insbesondere mit dem Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds.

Neben dem Zugang zu Beschäftigung, aktiver Integration und dem Erwerb von Kompetenzen konzentriert sich der Fonds nun auf neue Herausforderungen: materielle Entbehrung, die Garantie



einer Kindheit für gefährdete Kinder und den Klimawandel, wobei die Unterstützung ihrer Projektträger im administrativen Prozess betont wird.

Abschließend lud Herr Flammang alle Teilnehmer ein, den ESF-Newsletter (www.fse.lu) zu abonnieren, um über die neuesten Informationen aus dem Fonds auf dem Laufenden zu bleiben.

3. Vorstellung des Orientierungstages im Rahmen des Aufnahme- und Integrationsvertrags (durch Frau Gesa Schulte von der Abteilung für Integration)

Frau Schulte begann ihre Präsentation mit einem kurzen Überblick über die Bedingungen des Aufnahme- und Integrationsvertrags, dem Integrationsprogramm für Nicht-Luxemburger ab 16 Jahren. In diesem Zusammenhang bietet der luxemburgische Staat drei Dienstleistungen an:

1. Sprachunterricht zu einem reduzierten Preis über Sprachgutscheine
2. Ein Bürgerkunde-Kurs, bei dem die Empfänger die Möglichkeit haben, die Geschichte, die Bräuche, die Kultur und das politische System des Landes kennenzulernen.
3. Ein Orientierungstag in Anwesenheit verschiedener Institutionen und Vereine rund um Fragen des täglichen Lebens: Die Empfänger haben die Möglichkeit, Verwaltungsabläufe kennenzulernen, Akteuren des Vereins- und Kulturlebens des Landes zu begegnen und ihre Erfahrungen mit dem Leben in Luxemburg mit anderen Teilnehmern zu teilen.

Aufgrund der Covid-Pandemie wurde der Orientierungstag, an dem durchschnittlich etwa 500 Besucher und 100 Partner teilnehmen, im Herbst 2020 erstmals digital angeboten. Ziel war es, die Aktivitäten trotz der Umstände möglichst vielen Menschen zugänglich zu machen, den Teilnehmern die Möglichkeit zu geben, sich mit den Verwaltungsabläufen, den Institutionen und dem Vereinsleben in Luxemburg vertraut zu machen und den persönlichen Austausch und die Interaktion zu fördern.

Über eine spezialisierte Plattform konnten die Teilnehmer unter 11 relevanten thematischen Workshops (z.B. Sprachpraxis, Nationalität, politische Partizipation) wählen und hatten die Möglichkeit, sich in einem virtuellen Forum („Networking Lounge“) auszutauschen. Vertreter verschiedener Ministerien, Behörden und Vereine präsentierten an 24 virtuellen Ständen nützliche Informationen zu Integrationsthemen und beantworteten die Fragen der Unterzeichner direkt.

In einer Zufriedenheitsumfrage gaben mehr als 96 % der 500 Teilnehmer an, dass sie mit dem digitalen Format zufrieden waren und 94 % empfanden die Erfahrung als positiv für ihre Integration.

Die nächsten Ausgaben des CAI-Orientierungstages sind am 8. Mai und am 27. November 2021 geplant.

Frau Schulte dankte den Partnern aus den verschiedenen Verwaltungen und Vereinen für ihr Engagement und ihren Beitrag zum Gelingen des virtuellen Orientierungstages. Um das Format des Orientierungstages in Zukunft weiter zu verbessern, lud sie die Ausschussmitglieder zu einem Arbeitstreffen ein, um die Herausforderungen und Perspektiven dieser Veranstaltung zu diskutieren.



4. Vorstellung der Studie „Rassismus und ethno-rassistische Diskriminierung“ durch Herrn Sylvain Besch (CEFIS) und Herrn Frédéric Docquier (LISER)

Herr Besch und Herr Docquier stellten die Studie über Rassismus und ethnisch-rassistische Diskriminierung vor, die in regelmäßiger Abstimmung von den beiden interdisziplinären Forschungsteams (CEFIS und LISER) durchgeführt wird. Diese Untersuchung folgt der Studie „Being Black in Luxembourg“, den jüngsten Ereignissen im Zusammenhang mit der „Black Lives Matters“-Bewegung und einem im Juli 2020 in der Abgeordnetenkammer angenommenen Antrag, in dem die Regierung aufgefordert wird, eine Studie über das Phänomen des Rassismus in Luxemburg zu erstellen, um eine kohärente Strategie zu dessen Bekämpfung zu entwickeln.

Herr Brosius sagte, dass dies eine erste Studie zu diesem Thema sei und dass dieses Thema für das Ministerium Priorität habe. Die Studie besteht aus einer qualitativen und einer quantitativen Komponente. Das Hauptziel ist die Untersuchung der Formen von Rassismus und ethnisch-rassistischer Diskriminierung in Luxemburg in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft (Wohnen, Arbeit, schulisches Umfeld, Beziehungen zu den Behörden, Gesundheit usw.). Die Studie konzentriert sich nicht ausschließlich auf Personen mit afrikanischer Herkunft, sondern umfasst alle ethnisch-rassistischen Minderheiten, die diskriminiert werden oder sich diskriminiert fühlen.

Herr Besch präsentierte den qualitativen Teil der Forschung, die von CEFIS durchgeführt wird:

Ziel der qualitativen Studie ist es, Zeugnisse und Erfahrungen zu sammeln, um das „Warum und Wie“ der Phänomene von Rassismus und ethnisch-rassistischer Diskriminierung besser zu verstehen.

Zu diesem Zweck realisiert das CEFIS (Zentrum für interkulturelle und soziale Studien und Weiterbildung):

- Interviews mit Zeugen und Experten aus öffentlichen Strukturen und der Zivilgesellschaft in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen, um ihre Einschätzung darüber zu erhalten, wie sie diese Phänomene verstehen, ihr Ausmaß und den Kontext, in dem sie auftreten, die Gruppen, die am meisten gefährdet sind, die Art und Weise, wie man mit diesen Arten von Situationen umgeht, und dann mögliche Wege und Empfehlungen, um diese Phänomene besser zu bekämpfen
- Interviews mit Opfern, um einen Einblick in die Regelmäßigkeiten der Dynamik, die zu Rassismus führt, ihre Gefühle, Erfahrungen, Reaktionen und Antworten sowie die Arten und Kontexte der Diskriminierung nach „ethnisch-rassistischen“ Gruppen zu erhalten.

Herr Docquier präsentierte den quantitativen Teil der Studie, für die LISER verantwortlich ist:

Der quantitative Teil besteht aus einer Online-Umfrage in 5 Sprachen, die 15 Minuten dauert und unter einer Stichprobe von 15.000 Erwachsenen durchgeführt wird. Dabei wird besonders darauf geachtet, dass Minderheitengruppen in der Stichprobe vertreten sind.

Die Stichprobenstrategie und die Berechnung der Gewichte erfolgten in Zusammenarbeit mit dem IGSS und dem RNPP, während der Inhalt des Fragebogens durch Interaktion mit CEFIS, MIFA und ASTI entwickelt wurde.



Ein erster Entwurf dieses Fragebogens lag im Januar vor. Danach hat eine Phase des Testens und der Interaktion mit den verschiedenen Akteuren begonnen.

Hier sind die nächsten geplanten Schritte:

- Im März: Fertigstellung des Fragebogens in französischer Sprache, Vorlage bei der Ethikkommission zur Validierung und Start der Tests bei den Bevölkerungsgruppen
- Im April: Übersetzung des Fragebogens in 5 Sprachen und Vorbereitung der Online-Anwendung
- Mitte Mai/Anfang Juni: Beginn der Werbephase für den Fragebogen mit Hilfe des MIFA-Kommunikationsabteilung, Veröffentlichung der Umfrage
- Bis September: statistische Analyse und Berichterstellung

Der Fragebogen besteht aus 4 verschiedenen Teilen:

- Fragen zu persönlichen Merkmalen: die Person und ihr Haushalt, Sprache und Religion, Herkunft und Identität, familiärer Hintergrund
- Fragen zur Einstellung gegenüber dem Thema Rassismus
- Wahrnehmung ethnisch-rassischer Diskriminierung als Beobachter
- Wahrnehmung von ethnisch-rassischer Diskriminierung als Opfer

Die Ergebnisse der Studie sollen der Abgeordnetenkammer Ende dieses Jahres vorgelegt werden.

5. Aktuelles

Abschließend zog Herr Brosius eine Bilanz der aktuellen Ereignisse:

- Austausch zwischen der Ministerin für Familie und Integration, Corinne Cahen und dem Direktor der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA), Michael O'Flaherty. Die FRA arbeitet derzeit an einer Umfrage, die eine Folge der Studie „Being black in the EU“ sein wird. Das Ministerium hat einem Schreiben der FRA seine Unterstützung zugesagt, um den Zugang zu statistischen Daten aus dem Nationalen Register für natürliche Personen (RNPP) zu erleichtern
- Veröffentlichung eines Newsletters zum Thema Integration in Kürze mit dem Ziel, die Aktivitäten im Bereich Integration transparente Weise sichtbar zu machen und zu zeigen, was im Rahmen der Projekte erreicht wurde. Dieser Newsletter ermöglicht auch, Verbindungen zwischen den Akteuren zu schaffen und bewährte Praktiken auszutauschen. Herr Brosius bittet auch die verschiedenen Ministerien, relevante Informationen an die Abteilung für Integration zu senden, damit diese sie über ihren Newsletter an die Öffentlichkeit weitergeben kann.
- Im Januar fand die erste digitale Ausgabe der Dialoggruppe Integration (GRESIL) zum Thema „Digitale Kommunikation im Dienste der Gemeinden und Bürger“ statt.
- Einstellung (mit ASTI und CEFIS) von zwei Integrationsberatern, deren Aufgabe es sein wird, vor Ort zu sein und die Gemeinden, und insbesondere die Pilotgemeinden, bei der Umsetzung des *Pakt vum Zesummeliwen* und der Entwicklung eines kommunalen Integrationsplans zu unterstützen.
- Anhörung im Rahmen der Revision des Integrationsgesetzes und Durchführung von 4 Fokusgruppen in Anwesenheit der Ministerin. Diskutiert wurde insbesondere über



Integrationsprogramme, die beratenden kommunalen Integrationskommissionen und den Nationalen Ausländerrat (CNE).

- Die für März 2021 geplante Übergabe des OECD-Studienberichts mit Überlegungen über die Revision des Integrationsgesetzes, die es Luxemburg ermöglicht, in einen internationalen Kontext gestellt zu werden.

6. Sonstiges

Vorstellung des neuen Präsidenten des CNE

Das Wort wird Herrn Munir Ramdedovic erteilt, der zum neuen Präsidenten des CNE (Conseil National des Etrangers) gewählt wurde.

Herr Ramdedovic erläuterte die Funktionsweise des CNE und drückte seine Begeisterung darüber aus, aktiv zum "besseren Zusammenleben" in Luxemburg beitragen zu können. Am Ende seiner Rede betonte der neue Präsident, dass die politische Beteiligung des CNE im Hinblick auf ein harmonisches Zusammenleben zwischen Ausländern und Luxemburgern erhöht werden solle.

Herr Brosius ermutigte die anderen Ministerien, den CNE in ihre Arbeit zum Thema Integration und Zusammenleben einzubeziehen.

Nächste Sitzung

Die nächste Sitzung ist für Mittwoch, den 12. Mai 2021 (per Videokonferenz über Webex) von 9.30 bis 12.00 Uhr geplant.

Zweiter Teil der Sitzung: Interministerieller Ausschuss für Integration mit ausschließlich ministeriellen Vertretern

7. Projektaufruf PAN 2021 - Validierung der Vorauswahl von Projekten

Die Mitglieder des interministeriellen Ausschusses trafen eine erste Vorauswahl von Projekten, die im Rahmen des Projektaufrufs PAN Integration 2021 eingereicht wurden.